

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der uns vorliegende Haushaltsplan 2015 zeigt deutlich: die Stadt Korntal-Münchingen investiert! Auf der Klausurtagung des Gemeinderates im letzten Herbst wurde deutlich, dass wir an vielen Investitionen in den nächsten Jahren nicht vorbei kommen: ca. 7 Millionen für das Gymnasium, ca. 4 Millionen für Unterkünfte für Asylsuchende und Obdachlose, über 4 Millionen für die Stadthalle, davon ein großer Teil Brandschutz. Diese und viele weitere nicht aufzuschiebende Projekte zehren an unseren Rücklagen und zwingen uns, mittel- und langfristig, einen erheblichen Schuldenberg aufzubauen. Geplant ist eine Verschuldung der Stadt Korntal-Münchingen von 11,4 Mio. bis 2018. Das scheint noch tolerierbar. Aber danach müssen wir mit weiteren, viel höheren Schulden rechnen! Denn viele wichtige Projekte, die sich nach heutiger Sicht auf zusammen fast 60 Mio. Euro belaufen, wurden bereits auf die Zeit nach 2018 verschoben.

Da stellt sich die Frage: Wo geht die Reise hin? Wir müssen einen Weg suchen, der die Last einer hohen Verschuldung trägt, ohne dass dabei die soziale, ökologische und kulturelle Weiterentwicklung unserer Stadt vernachlässigt wird.

Positiv müssen wir sehen: Auch wenn die aktuellen Investitionen viel Geld kosten, so führen sie doch zu einer konstanten Entwicklung der Stadt. Zudem, es gibt dafür keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, bei einem solch historisch niedrigen Zinsniveau. Insofern tragen wir Grüne diese Entscheidungen für die aktuellen Investitionen mit. Aber, schaffen wir es, den auf uns zukommenden Schuldenstand in einem auch für die Folgegenerationen tragbaren Rahmen zu halten? Erschwerend kommen eventuell weiter Unwägbarkeiten dazu:

- Was machen wir, wenn bei einer später notwendig werdenden Refinanzierung unserer Schulden das Zinsniveau steigt?
- Was machen wir, wenn in nicht allzu großer Ferne das kommunale Doppik eingeführt wird? Dann müssen wir, spätestens ab 2022, zusätzliche hohe Rücklagen schaffen.
- Was machen wir, wenn ab 2020 die 2009 beschlossene Schuldenbremse greift, und Land und Bund eventuell die kommunalen Zuschüsse kürzen, um die eigenen Haushalte zu konsolidieren?

Bewegen wir uns nach 2018 auf ein strukturelles Defizit zu? Wir Grüne meinen, wir müssen auch heute schon die Zeit nach 2018 ins Auge fassen, sonst werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.

Herr Dr. Wolf, im Strohgäu Extra wurden Sie nach der Haushaltseinbringung im Januar zitiert: „Sparen, wo es nur geht!“ . Wir sind der Meinung, mit Sparen alleine kommen wir

nicht mehr viel weiter. Wir müssen vielmehr neue Ansätze finden, wo wir zusätzliche Einkünfte generieren können, natürlich unter Beachtung, sozialer und ökologischer Aspekte. Nachfolgend einige Ideen von uns, wie man vorgehen könnte.

Den Gemeinden sind in den letzten Jahren viele neue Aufgaben zugewiesen worden, z.B. neue Kitas, neue Mensen, umfangreiche Brandschutzmaßnahmen oder die Bereitstellung von Asylunterkünften. Alles wichtige Aufgaben. Aber die finanzielle Basis der Gemeindeeinnahmen hat sich kaum verbessert. Viele Gemeinden sind deshalb inzwischen unterfinanziert und verschuldet oder sie werden es bald sein. Korntal-Münchingen wird aller Voraussicht nach auch dazu gehören. Der Bundesfinanzminister verteilt zwar gerade einige Milliarden an die Gemeinden aus Steuerüberschüssen. Das heißt, das Problem als solches wurde oben erkannt. Aber diese paar Milliarden sind doch nur Almosen im Vergleich zu dem, was wirklich benötigt wird. Wir kommen nicht umhin: die Finanzen der Gemeinden müssen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Gemeinden müssen deutlich Alarm schlagen. Wir müssen Einrichtungen wie den Deutschen Städtetag auffordern, sich dieses Problems anzunehmen.

In der Klausur im Herbst haben wir mehrheitlich festgestellt, dass wir an den Projekten bis 2018 kaum was sparen können. Damit hätten wir aber erst ein gutes Drittel der heute absehbaren Projekte realisiert. Die weiteren zwei Drittel - fast 60 Mio. Euro - für Projekte, die uns kaum weniger wichtig erscheinen, - schieben wir auf die Zeit danach hinaus – viele wohl auf den Sankt Nimmerleinstag – aus Geldmangel. Rücklagen und Grundstücke, die wir verkaufen könnten, sind bis dahin längst keine mehr da. Wo sollen wir die 60 Mio. Euro hernehmen? Sicherlich, wir müssen diese Projekte von nach 2018 nochmals kritisch prüfen, aber wir müssen uns auch folgende Fragen stellen:

- Haben wir alle Möglichkeiten der Einnahmen ausgeschöpft also bei Steuern und Gebühren?
- Müssen nicht auch einige Ausgaben in der Verwaltung überprüft werden? Benötigen wir wirklich so viele Gutachten und externe Zuarbeit vor allem bei Bauprojekten? Wir haben doch Fachleute in der Verwaltung.
- Sollten wir nicht endlich Projekte streichen auf ein Maß, dass sie von der Verwaltung auch wirklich abgearbeitet werden können?.
- Was tun die anderen Gemeinden in ähnlicher finanzieller Situation? Wie generieren diese zusätzliche Einnahmen? Durch Zweitwohnungssteuer, durch finanzielle Beteiligung der Bürger bei z.B. Einrichtungen für Hochwasserschutz, bei Straßenreparaturen oder bei Straßenreinigung? Keine der Maßnahmen ist populär – aber darüber nachdenken sollten wir, müssen wir.
- Alle diese Maßnahmen werden nicht reichen, um weitere Schulden zu verhindern. Wir sollten deshalb mit der Bevölkerung diskutieren, welche Projekte wir streichen. Wir sollten uns und der Bevölkerung klar machen, welche Konsequenzen es hat, Schulden zu machen. Bis zu welchem Betrag sind diese tragbar und den zukünftigen Generationen zumutbar?
- Oder sehen wir Grüne zu schwarz?

Jetzt aber zu einigen positiven Punkten in der vergangenen Zeit; zugegeben, allesamt „Peanuts“, im Vergleich zu der soeben beschriebenen mittelfristigen Finanzsituation.

- Wir sind froh, dass die Übernahme des Stromnetzes erfolgt ist, auch wenn wir Grüne uns mehr Einflussnahme zur Einbringung erneuerbarer Energien

gewünscht hätten. Hier hoffen wir auf zukünftige ökologische und ökonomische Entwicklungen.

- Es ist wichtig und gut, dass wir in unserer Gemeinde das Flüchtlingsproblem in humanitärer Weise und als gesellschaftliche Herausforderung angehen. Es gibt keine Diskussion darüber, ob wir Unterkünfte zur Verfügung stellen, sondern nur, wo sie stehen sollen. Auch die Qualität ist uns allen wichtig, bei aller Knappheit in der Gemeindekasse. Lob und großer Dank an all die Einwohner, die die bereits angekommenen Flüchtlinge mit Rat und Tat unterstützen. Dank an alle Bürger, die akzeptieren, dass Flüchtlinge in ihrer Nähe untergebracht werden. Besonders möchten wir hier das Sprachkaffee in Münchingen hervorheben, und den Initiatoren von z.B. dem Begegnungsnachmittag kürzlich auf dem Roßbühl danken. Die demokratische Reife eines Gemeinwesens zeigt sich daran, wie es in solchen Sondersituationen mit den Menschen umgeht.
- Das Programm Soziale Stadt zusammen mit der Erhaltungssatzung für die alte Stadtmitte von Münchingen finden wir sehr unterstützenswert. Wenn wir es dadurch schaffen, eine neue belebte Stadtmitte in Münchingen zu bekommen, in der alle Generationen und viele Menschen in ihrer Vielfalt wieder gerne zusammen wohnen, wäre das wunderbar. Wir danken den zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, die hierzu ihre Meinung äußern. Wir verstehen ihre Befürchtungen vor einer allzu starken Verdichtung und vor verstärkten Problemen mit dem Autoverkehr. Wir hoffen auf einvernehmliche Lösungen.
- Die Bemühungen der Stadt um den Lärmaktionsplan wissen wir sehr zu schätzen. In jüngster Zeit ist immer mehr ins Bewusstsein gedrungen, dass Lärm gesundheitsgefährdend ist. Deshalb sollten wir dem Lärmaktionsplan weiterhin besondere Aufmerksamkeit schenken und die angedachten Maßnahmen konsequent umsetzen. Beim Lärm im Straßenverkehr sollten wir verstärkt auf die Einhaltung von Tempo 30 achten, z.B. durch Geschwindigkeitsüberwachung. Wir wissen aber auch von den Problemen, die uns die Deutsche Bahn macht, indem diese mittelfristig nicht bereit ist, an ihren Gleisen und ihren Waggons Lärmschutzmaßnahmen zu ergreifen.. Wir bitten die Stadt, weiter vorstellig zu werden.
- In Zeiten knapper Kassen bleibt für den Umweltschutz meist am wenigsten übrig. Froh sind wir deshalb, dass endlich, nach vielen Jahren Mahnung durch die Grünen, für 2015 Geld eingestellt wurde, damit die Aufbereitung eines Ökokontos erarbeitet werden kann. So haben wir hoffentlich bald zumindest den Status quo festgehalten, wo wir mit unseren Ausgleichsmaßnahmen stehen. Im nächsten Schritt müssen dann auch neue potentiellen Ausgleichsmaßnahmen erarbeitet werden. Diese dürfen sich nicht auf Ausweisung neuer eventuell aufzuwertender Wiesen oder Ackerflächen beschränken, sondern sollten auch echte Verbesserungen in der Landschaft bringen, wie z.B. Biotopvernetzung oder die Errichtung von größeren Feuchtbiotopen. Die Umweltverbände BUND und Nabu bieten hier bei der Erarbeitung gerne ihre Hilfe an.
- Wir Grüne begrüßen, wenn versprochene Aktionen angegangen werden, wenn auch verspätet. So ein Punkt ist der Einkauf von fairen Produkten durch die Gemeinde. Hierzu gab es einen Antrag der Grünen bereits in 2009. Ein kleiner Anfang wurde damals gemacht, indem beispielsweise seitdem einige Waren im Weltladen gekauft werden und indem bei der Neu- und Ergänzungsbeschaffung im Sportbereich auf faire Handelsbeziehungen geachtet wird. Wir Grünen stellten 2012 zwei weitere Anträge, die faire und ökologische Beschaffung

weiter voranzubringen; einer davon war der Wunsch, die Stadt Korntal-Münchingen möge am Fairtrade-Town Projekt teilnehmen. Seit kurzem bearbeitet nun Frau Lugibihl diese Anträge. Das gibt uns Hoffnung, dass wir bald auf einer Gemeinderatssitzung Beschlüsse für faire Beschaffung fassen können.

- Auch unterstützen wir sehr die Überlegungen zu innerörtlichen Verdichtungen, wie zB. das Projekt Beiermeister in Kallenberg oder die geplante gemäßigte Verdichtung im historischen Ortskern von Münchingen. Auch sonst findet in allen Ortsteilen kontinuierlich eine Verdichtung statt, die vor allem weiteren Wohnraum schafft. Hier ist noch viel Potential, so dass eine Ausweitung nach außen nicht notwendig erscheint. Auch das Gebiet Alte Wäscherei sollte wieder in die Planungen einbezogen werden.

Anträge zum Haushalt

Unsere Fraktion hatte die Absicht, acht Anträge zum Haushalt 2015 zu stellen, verzichtete dann aber in Abstimmung mit den anderen Fraktionen darauf. Nachfolgend eine kurze Beschreibung dieser geplanten Anträge, die wir nun in den nächsten Wochen in den Gemeinderat einbringen wollen:

1. Die Umsetzung des Sanierungskonzeptes für Mietwohnungen sollte vorgezogen werden. Derzeit hat es eine sehr niedrige Priorität in unserer Projektliste; das bedeutet, dass nach heutiger Planung die Sanierung quasi nie erfolgen wird. Aber erstens lassen wir doch gerade eine Abschätzung des Gesamtaufwandes für ca. 60.000 Euro durchführen, was dann aber auch eine baldige Durchführung erfordert. Zweitens sind diese Arbeiten Basis zur Werterhaltung der Gebäude.
2. Seit Jahren werden ca. 11.000 Euro jährlich für Förderprogramme an Bürger für Klimaschutzprojekte genehmigt. Die Fraktion der Grünen wird um einen Bericht darüber bitten, wie diese Gelder vergeben wurden und mit welchem Erfolg.
3. Wir wollen die Einführung einer für den Naturschutz zweckgebundene Abgabe vorschlagen. Jeder Haushalt bezahlt 2 Cent/cbm mehr für das Leitungswasser, das er bezieht. Die Mehreinnahmen durch diesen Wassercent dienen dazu, Gewässerprojekte auf der Gemarkung durchzuführen. Bei durchschnittlich 36 cbm pro Bürger und Jahr brächte das ca. 13.000 Euro pro Jahr mit direkter Verwendung für z.B. Gewässerpflege wie Renaturierung eines unserer Bäche oder Schaffung von natürlichen Retentionsflächen. Die Belastung pro Bürger läge bei ca. 72 Cent pro Jahr.
4. Wir Grüne wollen vorschlagen, dass in Zukunft alle Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse öffentlich abgehalten werden, um mehr Transparenz und um mehr Verständnis bei der Bevölkerung zu erreichen. Ausgenommen sollten nur Themen sein, bei denen es um Personalfragen oder um Steuern geht. Ditzingen macht das seit Jahren so und ist deshalb ein gutes Beispiel.
5. Bei der Klausurtagung diskutierten wir bereits über die Einführung eines Bürgerhaushaltes. Mittelfristig werden wir nicht unbeträchtliche Schulden machen müssen. Wir Grüne sind der Meinung, dass wir der Bevölkerung reinen Wein einschenken und mit ihr die finanzielle Situation der Stadt diskutieren müssen. Deshalb werden wir unseren Vorschlag zur Einführung eines Bürgerhaushalts wiederholen. Ein Bürgerhaushalt lädt die Bürger ein, eine kreative Prioritätensetzung bei knappem Finanzrahmen zu diskutieren. Die letzte Entscheidung über den Haushalt muss natürlich beim Gemeinderat bleiben.

6. Wir Grüne plädieren weiterhin dafür, endlich auch in unserer Gemeinde eine Baumschutzverordnung einzuführen. In bezug auf Kleinklima, Feinstaubabsorption, Schallschutz spielen Bäume eine wichtige Rolle. Angesichts des Klimawandels und angesichts der immer heißer werdenden Sommer, sind schattenspendende Bäume ein Mittel gegen innerörtliche Aufheizung. Neben dem Erhalt der Bäume wäre eine Begrünung der Straßenlaternen eine sinnvolle Maßnahme.
7. Im Bereich der Gartenstadt werden immer wieder Häuser gebaut, die ganz klar den Richtlinien zur Gartenstadt widersprechen. Letzte krasse Beispiele finden wir in der Neuhaldenstraße und in der Martin-Luther-Straße. Diesem Missstand kann man bekanntlich nur mit einem geeigneten Bebauungsplan Herr werden. Wir werden deshalb die Erstellung von entsprechenden Bebauungsplänen beantragen.
8. Sehr viele der in der Europäischen Union beschlossenen Regelungen haben einen direkten kommunalen Bezug. Das betrifft insbesondere die zur Zeit in Verhandlung befindlichen Verträge zu TTIP. Der Deutsche Städtetag hat sich zu diesen Verträgen zu recht sehr kritisch öffentlich geäußert. Wir Grüne sind der Meinung, dass sich unsere Gemeinde - wie viele andere Gemeinden auch - der Stellungnahme des Deutschen Städtetages anschließen sollte, um dessen Position zu stärken.

Nun noch ein Abschnitt mit drei Unterpunkten, wo wir Grüne in der Gemeindepolitik große Probleme haben.

- Als erstes ist hier der große Flächenverbrauch in den Außenbereichen der Stadt zu nennen. 2015 haben die Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr des Bodens“ ausgerufen. Boden ist nicht vermehrbar und muss deshalb für unsere Nachwelt geschützt werden, vor allem Ackerboden, der die Grundlage unserer Ernährung ist. Die Bundesregierung propagiert seit langem das Ziel, den Flächenverbrauch von täglich ca. 200 Fußballfeldern auf ein Viertel zu reduzieren. Davon sind wir in Deutschland immer noch weit entfernt. Auch die Landesregierung appelliert an die Kommunen, den Landverbrauch endlich einzudämmen. Schon 2006 hatte sich die Landesregierung, damals CDU-geführt, das Ziel eines Null- Flächenverbrauchs gesetzt. Für uns in Korntal-Münchingen scheinen solche Appelle nicht zu gelten. Wir weisen weiterhin Bauland im Außenbereich aus, in Korntal-West, wahrscheinlich demnächst die Fläche westlich von Müllerheim, das Gebiet südlich des Friedhofs in Münchingen und, wie es aussieht, noch weitere Flächen im Rahmen der Diskussion um den neuen Flächennutzungsplan. Auch die derzeitige Landesregierung von Baden-Württemberg beschwört die Gemeinden, dem Flächenverbrauch endlich Einhalt zu gebieten. Sie weist darauf hin, dass sich Wohngebiete in Außenbereichen in den seltensten Fällen rechnen, vor allem wegen der großen Infrastrukturaufwendungen. Außerdem, Gewerbegebiete sind mehr als genug im Großraum Stuttgart ausgewiesen; viele von ihnen sind bereits erschlossen. Und da wollen wir weiterhin Felder, freie Landschaften und Natur zerstören?
- Zweitens: Wie steht es um Korntal-West? In der Einleitung zum Aufstellungsbeschluss heißt es: „Es soll ein Baugebiet entstehen, das unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zukunftsweisende Gebäude- und Mobilitätskonzepte, durchgrünte Wohnquartiere und qualitätsvolle öffentliche Räume vorsieht. Im Sinne der Nachhaltigkeit sollen zu den Themen Energie und

Oberflächenmanagement Konzepte mit Vorbildfunktion erarbeitet werden.“ Das sind hehre Ziele, die aber aus unserer Sicht absolut nicht erreichbar sind. Das schöne städtebauliche Konzept vom Architektenwettbewerb, das durchaus zunächst besticht, wird sich nach unserer Meinung so nicht durchsetzen lassen. Dazu sind die Randbedingungen zu schwierig. Am Ende wird es ein recht normales Neubaugebiet geben, das weitestgehend dem Markt unterworfen ist, sowohl was die Bauqualität und die Baudichte betrifft als auch die Preise. Wir Grüne haben kürzlich aus diesen Gründen gegen den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes gestimmt. Da nun aber der Mehrheitsbeschluss so gefallen ist, wollen wir bei der Erstellung des Bebauungsplanes mitarbeiten und in unserem Sinne einwirken.

Das Projekt Korntal-West hat schon großen finanziellen Aufwand gefordert, der noch wesentlich wachsen wird. Dazu bindet es weiterhin viele Kräfte in der Stadtverwaltung, vor allem im Bauamt. Auch dieses Jahr sind wieder 70.000 Euro allein für die Planung eingestellt. Dabei bräuchten wir im Bauamt dringend Entlastung.

Herr Dr. Wolf, zu Jahresbeginn sagten Sie: „Ich möchte auf jeden Fall die Kuh vom Eis haben, was Korntal-West betrifft.“ Wir Grüne sind sicher, die Eisfläche ist riesengroß und hat noch besonders rutschige Stellen. Deshalb meinen wir, wird die Kuh auch 2015 nicht vom Eis sein.

- Drittens das Thema Ganztagesgrundschule: die Diskussion dieses Themas begann vor gut einem Jahr mit einer sehr unglücklichen Elternbefragung. Danach arbeitete eine Arbeitsgruppe mit der Blickrichtung, eine Ganztagesgrundschule müsse es sein. Entsprechend fiel dann auch die Empfehlung an den Gemeinderat aus. Erst Ende 2014, als sich viele Eltern für die Beibehaltung der Hortbetreuung einsetzten, erklärte man sich bereit, auch diese Möglichkeit in Erwägung zu ziehen. Deshalb sollen nun für beide Alternativen bis zum Juni die Raumprogramme untersucht werden. Es ist aber nicht vorgesehen, bis dahin auch ein Ganztagesgrundschul-Konzept für die Teichwiesenschule zu erarbeiten; bekanntlich sind hier noch viele Fragen offen. Dennoch soll sich der Gemeinderat noch vor der Sommerpause für die eine oder andere Lösung entscheiden. Wir Grüne sind der Meinung, erst müsse uns ein Konzept vorgestellt werden, wo alle Konsequenzen dargestellt werden, erst danach können wir entscheiden.

Abschließend noch zwei weitere Themen, die uns wichtig sind:

- Von Seiten des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur wird eine Neukonzeption von Mobilität gefordert und gefördert, die auch die Fußwege und Radwege in den Blick nimmt. Die Zeitschrift des Gemeindetages widmet ein ganzes Heft dem Thema Fahrradfreundliche Kommune und regt an, Fahrradverkehrskonzepte für Städte und Gemeinde zu entwickeln. Auch der Landkreis arbeitet an einem Kreisfahrradkonzept. Wir werden beantragen, dass sich die Stadt dem anschließt und ein Rad- und Gehwegenetz z.B. entsprechend dem Vorschlag der Agendagruppe 10 erarbeitet. Eines der Ziele muss sein, durch weniger PKW-Verkehr, den Feinstaub zu reduzieren. Auch die neue Landesbauordnung verfolgt dieses Ziel, indem sie mehr Fahrradabstellplätze und weniger PKW-Stellplätze fordert.
- Das Jahr 2015 ist Gedenkjahr für 70 Jahre Kriegsende und die Befreiung vom Nationalsozialismus. Wir bedauern, dass die Stadt keine Möglichkeit sieht, eine

dem Jahrestag angemessene Gedenkfeier zu organisieren. Engagierte Bürger werden am Europatag am 9. Mai eine kleine Feier an der Friedenslinde zum Gedenken an das Kriegsende veranstalten. Die Stadt ist eingeladen, an dieser Feier mitzuwirken..

- Wir regen in diesem Gedenkjahr außerdem an, an der nördlichen Friedhofsmauer für die in Korntal bei einem Bombenangriff ums Leben gekommene Zwangsarbeiter aus Frankreich, Polen und Russland eine Gedenktafel zu errichten. Deren Namen sind zwar auf dem Gedenkstein im Süden aufgelistet, aber kaum jemand weiß, dass sie als Zwangsarbeiter Opfer des Krieges wurden.

Ich komme zum Schluss und komme zurück auf den Anfang dieser Haushaltsrede. Ich habe dargestellt, dass wir Grüne einerseits hinter den großen Investitionen stehen, dass wir andererseits für die nicht allzu ferne Zukunft große finanzielle Probleme auf uns zukommen sehen. Bis 2018 wird der Schuldenberg noch überschaubar und verantwortbar sein. Deshalb werden wir auch dem Haushaltsplanentwurf 2015 zustimmen.

Wir müssen aber schon jetzt unbedingt an die Zeit danach denken, um vorbeugen zu können. Frau Mannhardt hat bereits bei ihrer Haushaltsrede 2014 auf diesen Umstand hingewiesen. Sie sagte: „Der Haushaltsplan zeigt uns auf, dass wir am Ende unseres Wachstums angekommen sind und dass die Alarmglocken nicht gehört wurden.“ Sie sagte weiter: „Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir sind in großer Sorge, wie es mit der Stadt Korntal-Münchingen weitergehen wird.“ So empfinden wir auch heute.

Wir hoffen, dass jetzt die Alarmglocken gehört werden, und dass wir Lösungen finden werden. Packen wir es gemeinsam an!

Wolf Ohl

März 2015